



BESCHLUSSVORLAGE	Vorlage Nr.:	2017/0633
	Verantwortlich:	Dez.2
AG Werderplatz – Abschlussbericht der dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe		

Beratungsfolge dieser Vorlage					
Gremium	Termin	TOP	ö	nö	Ergebnis
Hauptausschuss	14.11.2017	1	x		Zugestimmt

Beschlussantrag

Der Hauptausschuss nimmt die in der Arbeitsgruppe Werderplatz erarbeiteten Maßnahmen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die begonnenen Maßnahmen fortzuführen und für die noch zu beschließenden Maßnahmen (alkoholakzeptierendes Aufenthalts- und Beratungsangebot, Alkoholkonsumverbot, Drogenkonsumraum sowie personelle Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes) entsprechende Projektvorschläge mit Kalkulationen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Finanzielle Auswirkungen (bitte ankreuzen)		x	nein		ja
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt		Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Haushaltsmittel stehen Wählen Sie ein Element aus. Kontierungsobjekt: Wählen Sie ein Element aus. Kontenart: Ergänzende Erläuterungen:					
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant	x	nein		ja	Handlungsfeld: Wählen Sie ein Element aus.
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	x	nein		ja	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	x	nein		ja	abgestimmt mit

Nach dem am 11. Juli 2017 vorgelegten Zwischenbericht legt die Arbeitsgruppe Werderplatz ihren Abschlussbericht vor. Die von der Arbeitsgruppe entwickelten Maßnahmenvorschläge wurden mit der Stadtteilöffentlichkeit erörtert und stießen überwiegend auf Zustimmung.

Die Vorschläge lassen sich differenzieren in abgeschlossene Maßnahmen, sich in Umsetzung befindliche Maßnahmen und geplante Maßnahmen. Unterstrichen sind die Maßnahmen, für die zu einem späteren Zeitpunkt eine gesonderte Beschlussfassung erforderlich ist.

Abgeschlossene Maßnahmen:

- Befragung der Klientel zur Situation auf dem Werderplatz,
- Installation eines Werderplatztelefons,
- Ausnahmegenehmigung für Außengastronomie bis 22 Uhr,
- Gesprächsrunde mit lokalen Gewerbetreibenden.

Maßnahmen in der Umsetzung:

- Überarbeitung der Beleuchtung am Werderplatz,
- Erhöhte Präsenz der Polizei und des Kommunalen Ordnungsdienstes (kann langfristig nur mit zusätzlichem Personal beim Kommunalen Ordnungsdienst aufrecht erhalten werden, wenn es nicht zur Vernachlässigung anderer Problembereiche in den übrigen Stadtteilen kommen soll),
- Kooperationen mit Investoren und Eigentümern,
- Intensivierung der Kontaktaufnahme mit Russlanddeutschen und Rumänen,
- Fortsetzung des Gartenprojekts in der Stuttgarter Straße,
- Aufenthalt und Aktivität, das Café DIA,
- Belebung des Platzes durch positive Aktivitäten.

Geplante Maßnahmen:

- Sanierung und Neuaufstellung öffentlicher Toilettenanlagen (bereits beschlossen),
- Wiedereinführung eines Straßenfeger-Teams (das Diakonische Werk hat hierfür bereits fünf zusätzliche Kommunale Beschäftigungsstellen beantragt),
- Alkoholakzeptierendes Aufenthalts- und Beratungsangebot,
- Alkoholkonsumverbot,
- Drogenkonsumraum in Kombination mit einem Kontaktladen,
- Dezentralisierung der Drogensubstitution (mittel- bis langfristige Lösungen werden gesucht).

Bei Zustimmung des Hauptausschusses werden die in Umsetzung befindlichen und die geplanten Maßnahmen fortgeführt bzw. weiter konkretisiert. Soweit der Hauptausschuss die unterstrichenen Maßnahmen (alkoholakzeptierendes Aufenthalts- und Beratungsangebot, Alkoholkonsumverbot, Drogenkonsumraum sowie personelle Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes) grundsätzlich befürwortet, werden diese detailliert ausgearbeitet und den politischen Gremien zur Erörterung und Beschlussfassung vorgelegt.

Beschluss:

Antrag an den Hauptausschuss

Der Hauptausschuss nimmt die in der Arbeitsgruppe Werderplatz erarbeiteten Maßnahmen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die begonnenen Maßnahmen fortzuführen und für die noch zu beschließenden Maßnahmen (alkoholakzeptierendes Aufenthalts- und Beratungsangebot, Alkoholkonsumverbot, Drogenkonsumraum sowie personelle Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes) entsprechende Projektvorschläge mit Kalkulationen zur Beschlussfassung vorzulegen.